

Werbung:



kobinet
NACHRICHTEN

kobinet-nachrichten

Tagesaktuelle Nachrichten zur Behindertenpolitik

kobinet
NACHRICHTEN

kobinet-nachrichten

Tagesaktuelle Nachrichten zur
Behindertenpolitik



STARTSEITE NACHRICHTEN MEINUNGEN ▼ TERMINE ▼ BLOGS ▼
PLATTFORMEN ▼ IMPRESSUM ▼

kobinet-nachrichten > Nachricht > Symbolik allein reicht nicht

Symbolik allein reicht nicht

Veröffentlicht am 05.05.2025 10:51 von Hartmut Smikac in der Kategorie Nachricht (?)

Der Text liegt auch in besser verständlicher Form vor. Das hat eine Künstliche Intelligenz übersetzt. Informationen dazu gibt es [auf dieser Seite](#).

HIER KLICKEN



BERLIN (kobinet) Mit dem Blick auf den heutigen Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen äußert sich Thomas Knieling, der Bundesgeschäftsführer des Verbands Deutscher Alten- und

Logo des VDABFoto: VDAB

Behindertenhilfe (VDAB), mit deutlicher Kritik an der politischen Praxis. "Seit über 15 Jahren ist die

UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Doch trotz dieser völkerrechtlichen Verpflichtung und zahlreicher nationaler Gesetze ist die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung immer noch nicht Realität – weder im Alltag noch in den Strukturen der Eingliederungshilfe." stellt Knieling fest.

Thomas Knieling ergänzt weiter: „Der Protesttag wird allzu oft zum symbolischen Akt ohne nachhaltige Konsequenzen. Was wir stattdessen brauchen, ist konsequentes politisches Handeln. Unsere Mitgliedseinrichtungen leisten täglich hochqualifizierte und personenzentrierte Arbeit – aber sie stoßen zunehmend an systemische Grenzen.“

Der VDAB fordert konkrete Reformen, welche nach Einschätzung dieses Verbandes für eine echte Teilhabe erforderlich sind, so:

- Die Finanzierung am Bedarf auszurichten. Die Budgetneutralität verhindert notwendige Investitionen, deshalb muss die Eingliederungshilfe dem realen Bedarf folgen.
- Bürokratie abzubauen. Bisher binden überzogene Dokumentationspflichten Fachkräfte. Deshalb ist Entlastung dringend nötig, um direkte Unterstützung zu sichern.
- Pflegeversicherung fair zu gestalten. So brauchen pflegeversicherte Menschen mit Behinderungen für mehr Selbstbestimmung in besonderen Wohnformen Zugang zu ambulanten Pflegeleistungen.
- Die Gleichbehandlung von Trägern. Private Anbieter müssen steuerlich gleichgestellt und bei Fördermitteln fair berücksichtigt werden.



Einheitliche Bedarfsermittlung. Hierbei würde aus Sicht dieses Verbandes ein bundesweites Verfahren Klarheit schaffen, Bürokratie senken und vergleichbare Teilhabechancen sichern.

„Inklusion darf kein Lippenbekenntnis bleiben“, so Knieling. „Nur mit klaren gesetzlichen Rahmenbedingungen kann echte Teilhabe gelingen.“

 HARTMUT SMIKAC  NACHRICHT

VORHERIGER BEITRAG

Inklusion im Job – eine Baustelle mit
Zukunft: Thema bei Talkrunde des
Senders h1-Fernsehen

NÄCHSTER BEITRAG

Inklusion im Arbeitsalltag kann
gelingen

Diesen Beitrag teilen

0 0 0 0 0

Kurzlink des Artikels: <https://kbnt.org/sbfhoz4>

KURZLINK KOPIEREN

SUCHE

Suchbegriff

SUCHEN

BLEIBE IN KONTAKT



PODCAST IGEL